

Ökonomie im politischen Schlachtfeld

Florian Bohinc, Franziska Disslbacher

Im Kurswechsel 3/2015 haben Disslbacher und Bohinc (2015) den Standpunkt vertreten, dass nur eine progressive Ökonomie den Anspruch der Forderung nach Pluralismus in ihrem Kern erfüllen kann. Nicht das fantasievolle Irrlichtern aus dem Spaß an der Disziplin, sondern die auf die drängenden Probleme zielgerichteten Anstrengungen werden die Ökonomie und damit die Gesellschaft entscheidend voranbringen. Dieser Beitrag geht der anhaltenden Dominanz der Mainstream-Ökonomie in Forschung und Lehre auf den Grund. Zwei Felder erweisen sich als zentral: Erstens ergeben sich Verharrungskräfte aus der institutionellen Ausgestaltung der Wirtschaftswissenschaften, die sich in Teilen auch in anderen Wissenschaften beobachten lässt. Zweitens ist ökonomische Forschung (und Lehre) per se politisch. Sie wird zum Ziel politischer Einflussnahme und ist damit stets auch Spiegelbild der herrschenden Interessen ihrer Zeit.

Diese Konstellation, insbesondere die Verharrungskräfte, die sie entwickelt, birgt eine wesentliche Gefahr für ÖkonomInnen. Ökonomik, die sich nur am Status Quo abarbeitet, die nur vorhandene wirtschaftliche Realitäten analysiert und theoretisch begründet, läuft Gefahr, „die bestehenden Machtverhältnisse zu bestätigen und jene, die sich Gehör auf der politischen Bühne verschaffen können, mit ‚wissenschaftlichen‘ Erkenntnissen zu bedienen“ (Kraft 2015: 8 f.). Dabei soll jedoch der ursprüngliche, umgekehrte Wirkungskanal nicht unterschätzt werden: Es finden sich auch immer wieder Beispiele dafür, dass grundlegende Veränderungen in den Betrachtungen der wissenschaftlichen Ökonomie entscheidende Impulse für gesellschaftliche Veränderung geben konnten. In diesem Wirkungskanal sehen wir folglich einen Ansatzpunkt für progressive Politik, der bislang zu stark vernachlässigt wird, der zugleich die zentrale Motivation für unsere Forderung nach einer kritischen pluralen Ökonomie ist.

Die Beständigkeit der Kritik und des Ignorierens

In den letzten Jahrzehnten kam es in beinahe regelmäßigen Abständen zu Protestrufen von kritischen ÖkonomInnen. Angeprangert wird nach wie vor die „intellektuelle Monokultur“ in der Disziplin. Zu nennen sind der Protest von ÖkonomInnen im Jahr 1992, die Bewegung für eine Post-Autistische Ökonomie um das Jahr 2000 und nicht zuletzt die vor allem von Studierendengruppen getragene *International Student Initiative for Pluralism in Economics (ISIPE)*. Mehrere Missstände lösten die jüngste Welle der Kritik aus: Erstens das Unvermögen der Disziplin, die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise vorherzusehen oder sie auch nur als solche zu erkennen, zweitens die unzureichenden und kurzsichtigen Lösungsansätze. Die zugrundeliegenden Unzulänglichkeiten der Mainstream-Ökonomie sind jedoch bereits viel länger bekannt. Die heute unter dem Banner der „Heterodoxie“ versammelten Schulen entstanden überhaupt erst aus der Identifizierung des Unvermögens der bürgerlichen Ökonomie, beispielsweise einen emanzipatorischen Entwurf von Gesellschaft zu entwickeln. Dass die Ökonomie ihrem ursprünglichen Namen als „Politi-

sche Ökonomie“ wieder gerecht werde, forderte etwa Heilbroner (1974) und konstatiert: „*Economists are beginning to realize that they have built a rather elaborate edifice on rather insubstantial, narrow foundations*“.

Nach all den Jahrzehnten der beständigen Kritik legt der Mainstream nach wie vor ebenso beständige Kritikresistenz an den Tag. Diese ist insofern bemerkenswert, als immer mehr Stimmen laut werden, die auf eine fatale Entwicklungsrichtung unseres Wirtschaftens hinweisen, die Zivilgesellschaft und besonders politische Bewegungen „alternativ“ Lösungen etwa für Krisen und eine gerechtere Ressourcenverteilung verlangen. Die scheinbar unanfechtbare Dominanz des Mainstreams ist insofern fragwürdig, als es an Antworten – Konzeptionen und Theorien gesellschaftskritischer, progressiver Ökonomik – nicht mangelt. Die alternativen Ansätze existieren.

Der Widerstand, kritische Themen in ökonomischen Analysen zu inkorporieren, verringert sich zwar partiell – so tauchen zunehmend Aspekte etwa der Einkommens- und Vermögensverteilung, Finanzmarktstabilität oder der privaten Geldschöpfung auch in hoch gerankten Publikationen auf. Auf den ersten Blick scheint es, als gäbe der Mainstream mittlerweile der Notwendigkeit, diese drängenden Fragen zu behandeln, nach. Dabei ist es aber keineswegs so, als würde dazu auf die vorhandenen Konzeptionen alternativer, beispielsweise heterodoxer Ansätze zurückgegriffen, als würden diese plötzlich wertgeschätzt und integriert. Die Anstrengungen beschränken sich vielmehr darauf, diesen Themen die neoklassischen Modellkonzeptionen überzustülpen.

Institutionelles Verharren

Da Wissenschaft „*institutionalisiert ausgeübt wird und somit nicht nur ein individuelles Phänomen ist*“ (Pühretmayer 2005: 30), entwickelt eine wissenschaftliche Disziplin eine eigene Kultur. Nach Siler (2005) hat sich in der Ökonomie ein Kanon an konsensfähigen Methoden, Fragestellungen und Konzepten herausausgebildet. Dieser Konsens führt dazu, dass ÖkonomInnen „im Allgemeinen dem dominierenden neoklassischen Paradigma folgen müssen um ernst genommen zu werden“ (Siler 2005: 7). Auch zwischen den AkteurInnen besteht eine Struktur wechselseitiger Beziehungen, die Quelle von Verharrenskräften – dem reflexartigen Abwehren von Neuem und Unbekanntem – ist, gilt es doch, einmal erlangte angesehene Positionen zu verteidigen, auch wenn dabei das intrinsische wissenschaftliche Erkenntnisinteresse in den Hintergrund rückt.

Nach wie vor finden ÖkonomInnen, die alternative, heterodoxe Ansätze verfolgen, im Vergleich zu konformistischen KollegInnen, nur schwer Forschungsstellen, Gelder zur Finanzierung von Projekten oder auch nur Gehör. Denn nach wie vor gilt die Faustregel, mit bestimmten Methoden und Fragestellungen – beispielsweise im Feld der Makroökonomie mit Gleichgewichtsmodellen – arbeiten zu müssen, um von der Fachwelt ernstgenommen zu werden. Das schafft ein Anreizsystem, in dem vor allem junge ÖkonomInnen sich gezwungen fühlen, eher Mainstreamkonzeptionen zu reproduzieren, als sich zu trauen, aus diesen auszurechnen. Der britische Ökonom Thomas Balogh konstatierte diesen Trend bereits 1982, wobei er die JungökonomInnen in Schutz und die Arrivierten in die Pflicht nimmt, da er diese in der Verantwortung sieht, über den Stand der Disziplin zu reflektieren:

Homines economici as they [JungökonomInnen, Anm.] are [...] they follow the path that most easily and quickly leads to tenure and full professorships. It is their misguided elders on Appointment Boards who ought to be censured. (Balogh 1982: 8).

Eine Vielzahl an Strategien die auf die Stärkung heterodoxer Ansätze oder die Etablierung eines pluralen Paradigmas abzielen wurde in den letzten Jahren diskutiert (Dobusch et al. 2012; Glötzl et al. in diesem Heft). Als entscheidend für die Öffnung der Universitäten und Forschungsinstitute hinsichtlich nicht vom neoklassischen Mainstream geprägter Ansätze werden dabei etwa Einflussnahme auf die Forschungsevaluierung, nachhaltiges Zitierverhalten und offene Kommunikation zwischen unterschiedlichen heterodoxen Ansätzen sowie eine Veränderung der institutionellen Ausgestaltung der Forschungslandschaft erachtet.

Glötzl et al. (in diesem Kurswechsel) beschreiben ausführlicher, wie Abhängigkeiten innerhalb der Ökonomie zu Ideenarmut führen. Ein Gutteil des Konformitätsdrucks resultiert heute daraus, dass formale Rankings ein entscheidender Faktor für wissenschaftliche Karrieren sind und weiterhin zunehmend wichtiger werden. Dabei stützen sich diese zahlenmäßigen Bewertungen von ForscherInnen hauptsächlich auf deren Publikationsaktivität in einigen ausgewählten hochrangigen Fachjournalen. Die Karriere von – vor allem auch jungen – ÖkonomInnen ist damit stark abhängig von den methodischen und thematischen Vorgaben dieser hoch gerankten, konsensfähigen Journale.

Politische Ökonomik

Die Ausrichtung öffentlicher Forschungseinrichtungen wird maßgeblich mitbestimmt von Rankings, die von den großen internationalen Verlagskonzernen erstellt werden, wobei die inhaltliche Beurteilung in den Hintergrund rückt (Kapeller 2010). Doch im Interesse zivilgesellschaftlicher, im Besonderen politischer Organisationen ist dies nicht. Paradoxerweise werden aber entsprechende Regelungen und der institutionelle Rahmen, etwa in Bezug auf Verfahren und Kriterien bei Stellenbesetzungen oder der inhaltlichen Entwicklung und Ausrichtung von Universitäten, politisch beschlossen (etwa im Rahmen des Universitätsgesetzes (UG) oder der Leistungsvereinbarungen zwischen Universitäten und dem Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium). Politische AkteurInnen suchen objektive Entscheidungskriterien, die es jedoch nicht geben kann zumal nicht in der stark verkürzten Form einer einzelnen Kennzahl, wie einem Ranking. Dieser Anspruch ist nur mit der Illusion der Möglichkeit einer unbeeinflussten Wirtschaftswissenschaft vereinbar, die es jedoch ebenso nicht geben kann.

[B]ereits die Wahl des Untersuchungsgegenstandes und der Annahmen [beinhaltet Werturteile] über die Wichtigkeit oder Irrelevanz einzelner Einflussgrößen. Die Ökonomie ist aber stärker als die anderen Sozialwissenschaften über dieses unvermeidliche Maß hinaus normativen Anwendungen und ideologischen Anfechtungen ausgesetzt. (Hutter et al. 1999: 7)

Denn der Untersuchungsgegenstand der Ökonomie ist der politische Diskussionsgegenstand. Sie beschäftigt sich mit den Fragestellungen und liefert die Erkenntnisse, die Grundlage politischer Auseinandersetzungen sind. Indem sie die Begriffe definiert, die relevanten Kategorien und Fragestellungen absteckt, kartographiert sie gleichsam das politische Spannungsfeld. Die Ökonomik nimmt damit nicht unwesentlich vorweg, welche Zusammenhänge gedacht werden können. Jedenfalls geben die jeweils aktuellen ökonomischen Forschungsarbeiten (und deren Bekanntheit) entscheidend den Rahmen vor, in dem basierende politische Debatten stattfinden können. Damit schafft die Ökonomik etwas nach Joan Robinson (1980: 168) sehr viel Effektiveres als die Antworten zu gestalten – sie gestaltet die Fragen. Erstens indem sie die Fragestellung wählt. Zweitens durch

die Schwerpunktsetzung, die Perspektive auf die Fragstellung. Dadurch werden gewisse Zusammenhänge in den Vordergrund gestellt und andere ausgeblendet. Drittens durch feinere Aspekte, etwa die Wahl der Modelle oder Messmethoden.

Die Ergebnisse ökonomischer Wissenschaft zielen unmittelbar auf gesellschaftliche Anwendungen (Kraft, 2015). Gesellschaftliche Anwendungen, etwa die Diskussion rund um die Lösungsvorschläge zur Finanz- und die darauf folgende Wirtschaftskrise, involvieren schlussendlich politische Interessen und Ideologie. Von einer „*desinteressierten Wissenschaft oder einer wertneutralen Methodologie*“ (Kraft, 2015: 89) kann also nicht die Rede sein. Auch Joan Robinson sah die Wertbehaftetheit der Ökonomik im Zusammenspiel zwischen Problemlösung, Politik und Ideologie begründet:

Questions of policy involve politics [...]. Politics involve ideology; there is no such thing as a „purley economic“ problem that can be settled by purely economic logic, political interests and political prejudice are involved in every discussion of actual questions. (Robinson, 1977: 1318)

Folglich ist erstens schon die Wahl der Perspektive auf die Ökonomie nicht wertfrei, zweitens verfolgen ÖkonomInnen explizit oder implizit, bewusst oder unbewusst politische Ziele, die ideologisch zuordenbar sind. Diese politischen Ziele beziehen sich auf jeden Versuch Machtbeziehungen zu legitimieren, zu verfestigen oder aufzubrechen. Bestimmte politische Zielsetzungen lassen sich jedoch anhand bestimmter ökonomischer Theorieschulen konsistenter argumentieren als anhand anderer. Folglich entscheiden sich ÖkonomInnen häufig dafür, AnhängerIn einer bestimmten ökonomischen Schule zu werden. „*It is natural that a student [Anm. der AutorInnen: oder auch Forschende, Lehrende, ProfessorInnen, ...] of the social sciences should choose the school to which he attaches himself according to his ideological sympathies*“, schreibt Joan Robinson (1973: 53).

Der Widerspruch, in dem dieser Satz mit Baloghs Betonung der Karriereorientierung (siehe oben) steht, ist genau jener Widerspruch in dem sich junge ÖkonomInnen vielfach befinden. Doch die Entwicklung ist keine zufällige. Das Streben nach einer möglichst einflusslosen Ökonomik ist selbst eine politische Agenda, wie Nitzan und Bichler (2009: 71) konstatieren:

The marginal productivity theory enabled neoclassicists to finally remove their classical shackles and finish the liberal project of de-politicizing the economy. The classicists, whether radical or liberal, were interested primarily in well-being and distribution. Production was merely a means toward those higher ends. Clark helped reverse this order, making distribution a corollary of production. And indeed, since the turn of the twentieth century, attention has gradually shifted from the causes of income inequality to its ramifications [...].

Dies zeigt, wie die Bedeutung der Ökonomik für den politischen Diskurs unweigerlich Machtinteressen anspricht. Da Aussagen von ÖkonomInnen unweigerlich politische Implikationen beinhalten und somit potentiell auf die realen Machtverhältnisse rückwirken, eignen sie sich zum Mittel in der politischen Auseinandersetzung. Und dieses Mittel wird auch ergriffen, wenn sich die Möglichkeit bietet. Einerseits soll die Ökonomik der Politik dienliche Argumentationen liefern. Andererseits formt die Ökonomik den Diskurs – längerfristig auch über die Lehre. Freilich gelingt diese Einflussnahme jenen, die über die entsprechenden Mittel verfügen. In diesem Lichte ist Karl Marx' Aphorismus zu verstehen:

Was beweist die Geschichte der Ideen anders, als daß die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet? Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse. (MEW 4/1980: 480)

Empirie aus der Theoriegeschichte

Dass die beschriebene Einflussnahme auf die Ökonomik durch die Herrschenden nicht übermächtig ist, sondern es sich eher um einen kontinuierlichen Prozess des Ringens handelt, zeigen einige Beispiele aus der Theoriegeschichte: Progressive gesellschaftliche Veränderungen können durch grundlegend neue ökonomische Ideen eingeleitet und unterstützt werden. Gleichzeitig belegt der massive Widerstand, gegen den sich diese durchsetzen mussten, dass die Ökonomik ein politisch umkämpftes Feld ist.

David Ricardo legte in seiner Außenhandelstheorie den Fokus auf Effizienzgewinne von freiem Außenhandel für beide beteiligte Nationen und konnte so erfolgreich dem damaligen Landadel den Wind aus den Segeln nehmen, der auf Einfuhrzölle auf Korn pochte, um seine Bodenrenten zu stabilisieren (vgl. Ricardo, 1815). Auch Karl Marx konnte die Sichtweisen seiner Zeit maßgeblich verändern: Die *Kritik der bürgerlichen Ökonomie* stieß auf erbitterte Feindschaft und zog den Hass der gesamten bürgerlichen, liberalen Wissenschaft auf sich. Ricardo vertrat bürgerliche Interessen, mit seinem Kampf gegen die Landlords stand er zur damaligen Zeit jedoch auf der progressiven Seite.

His chief pre-occupation was to show that landlords were parasites on society. In doing so he was to some extent the champion of the capitalists. (Robinson 1980: 37)

Ricardo hatte die Möglichkeit, sich durchzusetzen, weil die damaligen Verhältnisse es zuließen: Die neu aufstrebenden KapitalistInnen waren den Landlords materiell immer ebenbürtiger, die gesellschaftlichen Zeichen standen auf Veränderung. Der Kampf Marxs stand hingegen im Zeichen des Kampfes gegen eben dieses aufstrebende Kapital. Er legte das Ricardianische Argument der „faulen Landlords“ auf die Kapitalistenklasse seiner Zeit um. Umso stärkerer Gegenwind schlug ihm entgegen, schließlich legte er sich mit der zu seiner Zeit übermächtigen Klasse an. Dass seine Ideen sich durchsetzen konnten, lag nicht an vorgefundenen Umständen, sondern daran, dass die ArbeiterInnenklasse sich diese erkämpfte.

Die Interdependenzen zwischen den Sozialwissenschaften und den gesellschaftlichen Machtverhältnissen brachte Lenin auf den Punkt:

Die Lehre von Marx stößt in der ganzen zivilisierten Welt auf die erbittertste Feindschaft [...]. Ein anderes Verhalten kann man auch nicht erwarten, denn eine „unparteiische“ Sozialwissenschaft kann es in einer auf Klassenkampf aufgebauten Gesellschaft nicht geben. [...] In einer Gesellschaft der Lohnklaverei eine unparteiische Wissenschaft zu erwarten wäre eine ebenso törichte Naivität, wie etwa von den Fabrikanten Unparteilichkeit zu erwarten in der Frage, ob man nicht den Arbeitern den Lohn erhöhen sollte, indem man den Profit des Kapitals kürzt. (Lenin 1977 (1913): 7)

Aber so sind sie!

Für geglückte politische Agenden gibt es insbesondere in der jüngeren Geschichte der Ökonomik freilich auch weniger erbauliche Beispiele. Auch die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen der neoliberalen Ideologie wurden lange vor deren Durchbruch gelegt. Ausgehend von der University of Chicago begann die „Chicago Boys“ genannte Gruppe von ÖkonomInnen um Milton Friedman über jahrzehntelang aufgebaute Netzwerke auf wissenschaftlicher, politischer und medialer Ebene die Ideologie und deren Ziele zu verbreiten. Ihr Ansatz propagiert die „Unterordnung weiter gesellschaftlicher Teile unter die

Dominanz des Marktes“ und stellt den „Schutz des Privateigentums und vertraglicher Rechte“ in den Vordergrund (Michalitsch 2004). Die Perspektive von ArbeitnehmerInnen oder Erwerbslosen gerät in dieser Modellwelt ins Hintertreffen, was als im Sinne der Interessen des Kapitals beurteilt werden kann.

In seinem Aufsatz „Political Aspects of Full Employment“ (1943) diskutiert Michal Kalceki die Opposition der KapitalistInnenklasse gegen beschäftigungssichernde und konjunkturstabilisierende Nachfrageprogramme durch die Öffentliche Hand. Andauernde Arbeitslosigkeit zwingt die Volkswirtschaft in permanente Unterauslastung, was auch die Profite drückt. Dennoch leisten KapitalistInnen Kalceki zufolge vehementen Widerstand gegen öffentliche Programme zur Schließung der Nachfragerücke und damit Erhöhung der Beschäftigung etwa durch öffentliche Investitionen oder der Konsumsubventionierung –, da sie emanzipatorische Effekte auf die ArbeitnehmerInnen fürchten. Vollbeschäftigung und ein stabiles Wirtschaftssystem dämpfen die disziplinierende Wirkung der Existenzangst der Lohnabhängigen. Durch länger anhaltende Perioden der Vollbeschäftigung und der damit einhergehenden Arbeitskräfteknappheit könnten ArbeitnehmerInnen außerdem ihre Mitbestimmung innerhalb der Betriebe ausbauen, was Jahrzehnte später auch beobachtet werden konnte.

Die gesellschaftlichen Kollateralschäden ihrer Politik – beispielsweise von wirtschaftlicher Instabilität, Unterauslastung oder Arbeitslosigkeit – nehmen mächtige AkteurInnen bewusst oder unbewusst in Kauf. Sie sind bereit, einen Teil des gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes zu opfern, wenn sie sich im Zuge dessen auch nur einen Bruchteil davon aneignen können. Ein Beispiel für so einen Kollateralschaden, nämlich den Widerstand der KapitalistInnen gegen Vollbeschäftigung und zielgerichtete Ausgabenpolitik, kommentiert Josef Steindl wie folgt:

Volle Beschäftigung würde den Arbeiter von der ständigen Bedrohung der Arbeitslosigkeit befreien, und die Unternehmer damit das entscheidende Mittel zur Disziplinierung der Arbeit verlieren. Die gelehrten Anwälte einer auf der nackten Existenzangst gegründeten Gesellschaftsordnung übertreiben die rein wirtschaftlichen Folgen (Verringerung der Arbeitsleistung, unregelmäßigeres Erscheinen am Arbeitsplatz) natürlich masslos. [...] Die Unternehmer lieben es über alles, sich als Herren im eigenen Haus zu fühlen, und die Arbeiter von sich abhängig zu wissen; sie wollen auf ihr entscheidendes Druckmittel nicht verzichten, auch wenn sie dafür ein paar Krisen einstecken müssen. (Steindl, o.J.: 4 f.)

Josef Steindl (ebd.) argumentiert in Hinblick auf die KapitalistInnen, dass diese sogar bereit sind, gesellschaftlichen Wohlstand zu zerstören, selbst wenn sie ihre eigene Lebensqualität damit beschneiden, sofern sie ihre relative Machtposition verbessern oder auch nur absichern können. „Das ist eine bankrotte Lebensauffassung, aber so sind sie“ (Steindl ebd.). Sie negieren die dem globalen Kapitalismus inhärente Krisenhaftigkeit und verhindern somit Gegenmaßnahmen, damit die ungleiche Verteilung von Ressourcen aufrechterhalten werden kann. Dabei wäre es ein Trugschluss zu erwarten, diese Einstellung ließe sich auf Unkenntnis der Arbeiten von etwa Marx, Keynes oder Minsky zurückführen. Entscheidend ist, dass das Wissen über die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems nicht dazu beiträgt die Interessen des Kapitals jenen der Allgemeinheit unterzuordnen.

Wer ist in der Pflicht?

Die beschriebenen Kollateralschäden müssen in der Regel von den Mächtigen nicht selbst getragen werden, sondern können nach unten abgewälzt werden. Die Elite kann sich so nicht nur schadlos halten, sondern im Extremfall sogar noch an Stärke gewinnen. Das stellt die Fragen: Wer muss die Folgen letztendlich tragen? Wer ist das Kollateral, das den Schaden tragen muss? Kollateral ist in diesem Beispiel, wer auf ein möglichst reibungsloses, stabiles und nachhaltiges Funktionieren des Wirtschaftssystems angewiesen ist, also ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen, ZulieferInnen, AnwohnerInnen von Betriebsanlagen, Betroffene von Umweltauswirkungen etc. Ihre Interessensverbände haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass ihre Situation ausreichend berücksichtigt wird.

Selbst in Österreich wird die öffentliche Debatte immer stärker von halbstaatlichen und privaten Einrichtungen bearbeitet, die unter der Bezeichnung „Think Tank“ subsumiert werden können, und die zum Ziel haben den öffentlichen Diskurs maßgeblich in eine politische Richtung zu drehen (Pühringer, Stelzer-Orthofer 2016). Sowohl aus Sicht progressiver Politik aber auch aus der Perspektive progressiver ökonomischer Ansätze stellt sich die Frage, wie auf vermehrt neoliberale Aktivitäten auf diesem Gebiet geantwortet werden kann. Mit dem Marie-Jahoda-Otto-Bauer-Institut konnte eine Plattform etabliert werden, die wissenschaftlichen Erkenntnissen, die eher ArbeitnehmerInneninteressen unterstreichen, zur entsprechenden Öffentlichkeit verhilft.

Wie oben erläutert ist der Glaube an eine „unbeeinflusste“, apolitische Wirtschaftswissenschaft illusorisch. Plattformen mit dem Zweck kritische Forschung einem breiteren Publikum bekannt zu machen wie das Marie-Jahoda-Otto-Bauer-Institut können zwar den Diskurs beeinflussen, helfen aber kaum dabei, kritische Forschung mittel- bis langfristig zu ermöglichen. Nach wie vor lässt sich jedoch sowohl in der wissenschaftlichen Ökonomik als auch in medialen Debatten eine Dominanz der Ideen, Theorien und Modelle, die eher Kapitalinteressen ins Zentrum stellen, ausmachen (Lavoie 2015). Die Interessensvertretungen und Parteien haben die Aufgabe sicherzustellen, dass die Perspektive der von ihnen vertretenen Gruppen adäquat vertreten ist, und sind hier gefordert, stärkere Anstrengungen zu unternehmen.

What some people have created, others can change

Die Bewegung für eine Plurale Ökonomik kritisiert die intellektuelle Monokultur in der allzu verengten Disziplin Ökonomik. Man muss sich dabei jedoch vor Augen halten, dass die herrschenden Ideen immer die Ideen der Herrschenden sind. Eine plurale, das heißt eine vielschichtige, sich aus verschiedenen Perspektiven gleichberechtigt nähernde Ökonomik wird es also schwer haben sich zu etablieren, sofern dies nicht den vorherrschenden Machtinteressen entspricht. In diesem Text haben wir zwei Mechanismen, welche der anhaltenden Dominanz der Mainstream-Ökonomik dienlich sind, diskutiert: institutionelle Verharrungskräfte sowie politische Aspekte der Ökonomik. Wir sehen die Aufgabe und Chancen der Bewegung für eine Plurale Ökonomik darin, das Feld für kritische Forschung zu ebnet, also die institutionellen Verharrungskräfte und Strukturen zu bearbeiten. Pluralismus kann keine Diskussionen, Auseinandersetzungen oder gar politische Debatten mit einzelnen Theorieschulen austragen, sondern nur mit der institutionellen Verfasstheit der Ökonomik insgesamt.

Die Beispiele von Ricardo und Marx, aber auch von den Chicago Boys, zeigen, dass es möglich ist, durch eine Veränderung der Herangehensweise an Ökonomik Machtumwälzungen Vorschub zu leisten. Ein Weg, um letztendlich Machtverhältnisse zu verändern, kann also – abseits von den institutionellen Rahmenbedingungen – sein, bei den Ideen anzusetzen. Oder so wie Susan George es in Anlehnung an Gramscis Konzept der kulturellen Hegemonie ausdrückt: „*If you can occupy peoples' heads [...] their hands will follow. [...] What some people have created, other people can change.*“ Gesellschaftskritische, progressive Ansätze verfolgen genau diesen Anspruch. Sie wollen die Gesellschaft verändern, indem sie auch die Art, wie wir darüber nachdenken, verändern. Ein Pluralismus, der sich rein für die Akzeptanz von bereits vorhandenen, aber marginalisierten Ansätzen einsetzt, kann daher kein Ersatz für mutige, kritische Herangehensweisen sein (Disslbacher et al. 2015). Das progressive, damit zwangsläufig auch gesellschaftskritische Denken in der Ökonomik muss auch aktiv vorangetrieben werden. Der Anspruch kritischer Ökonomik ist, Zusammenhänge herauszuarbeiten, Interessensgegensätze aufzuzeigen, diese reflektierbar machen und sie schlussendlich aufzubrechen.

Literatur

- Balogh, Thomas (1982): *The Irrelevance of Conventional Economics*. Weidenfeld and Nicolson. London.
- Disslbacher, Franziska/Bohinc, Florian (2015): Was Ökonomischer Pluralismus kann und was er gar nicht will. *Kurswechsel* 2/2015. 82–85.
- Dobusch, Leonhard/ Kapeller, Jakob (2012): Heterodox United vs. Mainstream City? Sketching a framework for interested pluralism in economics. *Journal of Economic Issues*. Vol. 46(4). 1035–1057.
- George, Susan (1999): A Short History of Neoliberalism. Conference on Economic Sovereignty in a Globalising World. Online: <https://www.tni.org/en/article/short-history-neoliberalism>
- Heilbroner, Robert (1974): *An Inquiry into the Human Prospect*. W. W. Norton. New York.
- Hutter, Monika/Buchegger, Reiner/Löderer, Béla (1990): Vorwort; in: Buchegger, R.; Hutterer, M.; Löderer (Hg.): Kurt W. Rothschild. Arbeitslose – Gibt's die? Ausgewählte Beiträge zu den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Aspekten der Arbeitslosigkeit. Metropolis. Marburg.
- Kalecki, Michael (1943): Political Aspects of Full-Employment, *Political Quarterly*, 4(14). 322–321.
- Kapeller, Jakob (2010): Some critical notes on citation metrics and heterodox economics. *Review of Radical Political Economics*. Vol. 42(3). 330–337.
- Kraft, Michael G. (2015): Das New Approaches to Economic Challenges (NAEC)-Projekt. In: *Kurswechsel* 2/2015. 86–69.
- Lavoie, Marc (2015): Should heterodox economics be taught in or outside of economics departments?. *International Journal of Pluralism and Economics Education*, vol. 6(2). 134–150.
- Lenin, Wladimir I. (1977/1917): Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus; in: *Lenin Werke*, Bd. 19, 3–9. Dietz Verlag. Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1980/1848): *Marx Engels Werke*, Band 4. Diez Verlag. Berlin.
- Michalitsch, Gabriele (2004): Was ist Neoliberalismus? Genese und Anatomie einer Ideologie; in: Graf, Daniela; Kaser, Karl (Hg.): *Vision Europa. Vom Nationalstaat zum europäischen Gemeinwesen*. Wien. 144–163.
- Nitzan, Jonathan/Bichler, Shimshon (2009): *Capital as Power. A Study of Order and Creorder*. Routledge.
- Pühringer, Stephan/Stelzer-Orthofer Christine (2016): Neoliberale Think Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen. ICAE Working Paper Series, Nr. 44.

- Pühretmayer, Hans (2005): *Über das Politische des Wissenschaftlichen*. Interventionen des Critical Realism in verschiedene Ökonomietheorien. Kurswechsel 4/2005. 13–28.
- Ricardo, David (1815): An Essay on the Influence of a Low Price of Corn on the Profits with remarks on Mr Malthus' two last Publications.
- Robinson, Joan (1973): Ideology and Analysis; in: Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft. Festschrift für Eduard März. Wien. Europaverlag.
- Robinson, Joan (1977): What are the Questions? Journal of Economic Literature. Vol. 14(4). 1318–1339.
- Robinson, Joan (1980): An Open Letter from a Keynesian to a Marxist; in: What are the Questions? In: Robinson, Joan: Further Contributions to Modern Economics. 165–169. M.E. Sharpe. Armonk, New York.
- Siler, Kyle (2005): Die soziale und intellektuelle Organisation und Konstruktion der Wirtschaftswissenschaften. Kurswechsel 4/2005. 3–7.
- Steindl, Josef (o.J): Kapitalismus und Arbeitslosigkeit. Unveröffentlichtes Manuskript.

Aktuelle Debatte:

**Terrainverluste der lateinamerikanischen
Linksregierungen**